



NACHRICHTEN
AUS DER HEIMAT

www.donau-post.de

„Falschaussage klar widerlegt“

Auf zirka 250 Seiten begründet die Stadt Wörth in ihrer Stellungnahme, warum sie einen Flutpolder vehement ablehnt. Bei einer Pressekonferenz am Montag ging Bürgermeister Josef Schütz auf die zentralen Argumentationsstränge ein.

Zunächst erwähnte er den Ausgangspunkt – die Flut an Pfingsten 2013. In Niederbayern sei es zur Katastrophe gekommen, weil ein hundertjähriges Hochwasser (HQ100) auf völlig veraltete Dämme getroffen sei. In Schwabelweis sei es hingegen nur ein HQ 20 gewesen, also ein Hochwasser, wie es alle 20 Jahre vorkommt. Schütz: „Die Behauptung, dass ein Polder bei Wörth die Katastrophe in Fischerdorf verhindert hätte, ist eine Falschaussage. Das konnten unsere Gutachter jetzt auch eindeutig widerlegen. Ein Polder wäre völlig wirkungslos gewesen.“ Auch die Aussage, dass es mit Poldern schon Betriebserfahrung gebe, stimme einfach nicht, sagte Schütz. Mit einem Flutbecken in der Größe des Polders Wörthhof – ungefähr so groß wie der Tegernsee – gebe es noch keine Erfahrung: „Alle Polder, die es bislang schon gibt, entsprechen zusammen 25 Prozent unseres Polders.“ Unwahr sei zudem die Aussage, dass der Wörthhof schon immer Überflutungsgebiet gewesen sei: „Der Wörthhof existiert seit dem 13. Jahrhundert. Unsere Recherchen haben gezeigt, dass er noch nie überflutet war.“

Der Polder würde Schütz zufolge elf Prozent der Stadtfläche in Beschlag nehmen. „Knapp 800 Hektar wären für immer verloren.“ Die Stadt werde ihrer Entwicklungsmöglichkeiten beraubt. Das werde alle Menschen betreffen, die auch dann noch in Wörth leben, „wenn wir alle schon gestorben sind“. Firmen wandern laut Schütz ab, die Einnahmen sinken.

Sobald der Polder geflutet ist, käme auf die Stadt nach Ansicht des Bürgermeisters nicht weniger als eine Katastrophe zu. Es werde zu einem Rückstau der Wiesent kommen, Wasser könne nicht mehr abfließen, die Kläranlage werde nicht mehr funktionieren und den Betrieb einstellen müssen.

„Stellen wir dann Dixi-Klos auf?“

Auch Stefan Kramer, Sprecher der Interessengemeinschaft, sieht für diesen Fall schwarz. „Was will man denn tun, wenn die Kläranlage für 10 000 Menschen nicht mehr arbeitet? Wollen wir dann überall Dixi-Klos aufstellen?“, fragte er.

Kramer ging ferner auf die sogenannten Kiespfähle ein, also Verbindungen zwischen dem Grundwasser und der Oberfläche (wir berichteten). „Das sind Verbindungen zu unseren Häusern“, warnte er. Schon vor Jahren habe man die Planer des Polders darauf aufmerksam gemacht. Dass nichts passiert sei, sei schockierend.

Kramer und Schütz bemängeln überdies, dass Alternativen wie Staufenmanagement und Rückhalt an Zuflüssen der Donau nicht ernsthaft geprüft worden seien. (std)



Von links: Gerhard Schmautz, Benno Ziegler, Stefan Kramer, Tanja Kruger und Josef Schütz vorm Regierungsgebäude in Regensburg.

Foto: Simon Stadler

Ordnerweise Gegenargumente

Die Äußerungsfrist im Polder-Verfahren ist vorbei: Hunderte Stellungnahmen gegen das Projekt sind bei der Regierung der Oberpfalz eingegangen. Die Übergabe fiel kühl aus

Von Simon Stadler

An der Wand hängt moderne Kunst, auf dem Tisch stehen vier Aktenordner. In einem Empfangszimmer der Regierung der Oberpfalz am Emmeramplatz in Regensburg findet am gestrigen Montag die offizielle Übergabe statt.

25. September, das war ja der letzte Tag der Äußerungsfrist im Raumordnungsverfahren zum Flutpolder Wörthhof. Bis dahin hatten Privatleute, Firmen, Verbände und Organisationen die Chance, gegen das Projekt schriftlich Einspruch zu erheben. Wörths Bürgermeister Josef Schütz, sein Stellvertreter Gerhard Schmautz, die stellvertretende Bauamtsleiterin Tanja Kruger, Stefan Kramer von der IG Polder und der Rechtsanwalt der Stadt Wörth, Benno Ziegler, haben am Montag etwa 210 Stellungnahmen dabei. In einem Ordner sind die fachliche Stellungnahme der Stadt, geschrieben von Kruger, und die juristische Stellungnahme, formuliert von Ziegler, abgeheftet. Insgesamt rund 250 Seiten. In einem zweiten Ordner sind die zugehörigen Anlagen zu finden: Gutachten, Karten, Skizzen.

In einem dritten Ordner sind die Stellungnahmen von Firmen, Verbänden oder anderen Kommunen gesammelt; in einem vierten Ordner die privaten Stellungnahmen. Das sind aber nur jene Einwendungen, die bei der Stadt Wörth abgegeben wurden, unterstreichen Kruger und Kramer. Viele Bürger haben ihre Briefe auch direkt an die Regierung nach Regensburg geschickt.

Die Übergabe der Aktenordner fällt am Montag kurz, sachlich und eher kühl aus. Zwei Vertreter der Regierung erscheinen, Fotos und Filmaufnahmen sind im Regierungsgebäude strikt untersagt. Also gehen die Wörther Delegation und die Journalisten wieder raus ins Freie für ein Foto. Danach die Übergabe: „Prüfen Sie das bitte ergebnisoffen“, sagt Anwalt Ziegler zu einem Regierungsvertreter. Das sei selbstverständlich, antwortet dieser. Das Sachgebiet 24 – Raumordnung, Landes- und Regionalplanung – sei für die Prüfung zuständig. Eine sehr erfahrene Kollegin werde alles gründlich und neutral durcharbeiten, man habe schon viele Raumordnungsver-

fahren gemeistert. Wie viele Stellungnahmen insgesamt da sind, kann der Vertreter der Regierung nicht sagen: Der Posteingang sei noch nicht durchgezählt. „Aber es sind zahlreiche.“ Und wie lange dauert das Verfahren? Eine Einschätzung sei nicht möglich – auch keine ungefähre. Schütz bringt die Ordner schließlich zur Poststelle, wo es einen Stempel gibt, dann eine kurze Verabschiedung und die Poldergegner treten wieder hinaus in die Vormittagssonne. Das war's schon, der Behördengang ist zu Ende.

„Der Empfang war etwas sonderbar“

Nächste Station ist das Brauhaus am Schloss, wo eine Pressekonferenz mit Zeitungs-, Radio- und Fernsehjournalisten folgt. Den Empfang bei der Regierung habe er „doch etwas sonderbar“ gefunden, sagt Anwalt Ziegler: „Man wollte uns nicht da haben.“ Er kenne das eigentlich so, dass sich Verantwortliche – etwa bei der Abgabe einer Petition im Landtag – für einen Austausch und ein gemeinsames Übergabefoto zur Verfügung stellen. Schütz sagt, dass es „unser gutes Recht“ sei, im Verfahren vehement Einspruch zu erheben. Das sei völlig legitim. „Von daher hätte ich es schon schön gefunden, wenn wir heute etwas anders empfangen worden wären.“

Er wolle keine Generalkritik an der Regierung und am Wasserwirtschaftsamt betreiben, stellt Schütz klar: „Das sind Behörden, mit denen wir auf vielen Feldern hervorragend zusammenarbeiten. Aber beim Thema Polder können wir nicht an einem Strang ziehen.“

Im Raumordnungsverfahren zum Flutpolder hat natürlich auch der Landkreis Regensburg eine Stellungnahme eingereicht, wie Harald Hillebrand, Referent der Landrätin, am Montag bei einem Pressegespräch in Regensburg darlegte. Das Fazit des Landkreises ist nach seinen Worten auf folgenden Kern zu bringen: „Der Flutpolder ist nicht raumverträglich.“

150 000 Euro hat die Stadt im Haushalt für den Kampf gegen den Polder bereitgestellt: für den Anwalt, für die Stellungnahme. Drei Gutachter hat die Stadt engagiert, um Gegenargumente wissenschaftlich zu unterfüttern: Es handelt sich um einen Hydrometeorologen von der Uni Siegen, einen Hydrogeologen von der Uni Koblenz und ein Fachbüro für Hydrogeologie aus Würzburg. „Es war uns wichtig, dass wir nicht irgendein Blabla schreiben“, betont Schütz.

Die städtische Stellungnahme ist der Versuch, den Erläuterungsbericht des Wasserwirtschaftsamtes zu zerpflücken. Mit dem Erläuterungsbericht versucht das Amt, die Notwendigkeit eines Polders zu begründen. Die Art und Weise, wie das geschehe, sei jedoch geradezu erschreckend und „eigentlich Wahnsinn“, findet Ziegler. Er habe schon viele Verfahren begleitet, aber eine solche Aneinanderreihung von Böcken sei ihm noch nicht begegnet. „Echt un schön“ sei das. Er habe den Eindruck, dass der Polder politisch vorangetrieben werde und das Verfahren „mit heißer Nadel gestrickt ist“.

Scharfe Kritik am Erläuterungsbericht

Ziegler spielt zum Beispiel darauf an, dass zwischen den Planern des Polders und den Planern der Stromtrasse in seinen Augen keine detaillierte Absprache stattgefunden haben kann, obwohl beide Projekte in ein- und derselben Region vorgesehen sind. „Im Erläuterungsbericht wird sinngemäß geschrieben: Polder und Stromtrasse passen zusammen, kein Problem. Punkt. Das war's.“ Es

werde nicht einmal der Versuch einer nachvollziehbaren Herleitung unternommen.

Anwalt plädiert für einen Erörterungstermin

Ein weiteres Beispiel in Zieglers Augen sind die FFH-Gebiete im potenziellen Poldergebiet. FFH steht für Fauna-Flora-Habitat: Gemeint sind ökologisch sehr wertvolle und unter Schutz stehende Flächen. Jedoch: Das Auslassbauwerk des Polders, aus dem Wasser wieder abfließen soll, würde ein FFH-Gebiet laut Ziegler zerstören. „Das ist ein europäisch geschütztes Gebiet.“ Gerade in der heutigen Zeit verbiete sich eine Vernichtung. Er wisse aus anderen Verfahren, sagt Ziegler, dass Varianten von vorneherein ausgeschlossen würden, wenn FFH-Gebiete berührt seien. Beim Polder sei das anders. Die Antragstellerseite schreibe nur, dass FFH-Gebiete Gegenstand des Planfeststellungsverfahrens seien. „Man sagt also quasi: Wird schon gehen, da kümmern wir uns später drum.“

Ziegler sieht – genau wie Schütz – enormen Gesprächsbedarf. Daher bittet er in der Stellungnahme um einen Erörterungstermin, bei dem die Gegner ihre Bedenken noch mal darlegen können, von Angesicht zu Angesicht. Vorgeschrieben sei so ein Austausch zwar nicht im Raumordnungsverfahren, weiß Ziegler, doch der Regierung stehe es jederzeit frei, einen Termin zur Erörterung anzuberaumen.

„Wir wollen nicht, dass der Antrag im stillen Hinterzimmer durchgenudelt wird“, sagt Ziegler: „Wir wollen darüber reden.“

Hillebrand: „Polder nicht raumverträglich“

„Wir haben uns mit allen Feldern befasst, die der Polder berührt. Angefangen bei der Knoblauchkröte bis hin zur Landwirtschaft“, sagte Hillebrand. Mit einem Bündel von Gegenargumenten lehne der Landkreis das Becken ab. „Der Landkreis hat schon vor Jahren Professor Andreas Malcherek engagiert, der gesagt hat, dass es in diesen Zeiten, in denen wir von Blühwiesen und

Klimaschutz, einfach nicht mehr geht, so etwas zu bauen.“

Der Landkreis Regensburg stehe in der Polderdebatte fest an der Seite der Stadt Wörth, werde sie weiterhin in jeder Form unterstützen und beraten. Zur Frage, ob auch rechtliche Schritte denkbar wären, sagte Hillebrand, dass nun erst mal der Ausgang des ganzen Verfahrens abzuwarten bleibe. (std)